

Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches,
gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Gespensstisch

Von fortgeschrittenem Realitätsverlust geprägt war der Ende Februar erfolgte Auftritt der Bundeskanzlerin in der Polit-Talk-Show „Anne Will“. Wie eine tibetische Gebetsmühle wiederholte sie ihre seit Monaten vorgetragene „Strategie“, die Flüchtlingskrise in europäischer Solidarität und in den Herkunftsländern lösen zu wollen. Das Festhalten an einer offenkundig gescheiterten Politik, die nur noch auf das Prinzip Hoffnung setzt, lässt Schlimmes befürchten. Mehr als bedenklich stimmt auch die Tatsache, dass Angela Merkel geradezu damit kokettierte, keinen „Plan B“ zu haben. Und es grenzte an politischen Rabulismus, als sie die derzeit rückläufigen Migrantenzahlen als Ergebnis ihrer weitsichtigen Politik zu verkaufen suchte. Kein Wort darüber, dass dieser Rückgang ausschließlich auf die Grenzschließungen und österreichischen Tageskontingente zurückzuführen sind, die ja bisher von der Bundesregierung strikt abgelehnt werden. Laut Umfrage meinen 81% der Bundesbürger, dass die Regierung die Lage nicht mehr im Griff habe. Vor diesem Hintergrund wirkte die mit dem „humanitären Imperativ“ veredelte Mischung von Vernebelung, Beschwichtigung und Zweckoptimismus geradezu gespensstisch. Die „FAZ“ bezeichnet dies als Haltung, „die Kritik an konkreten politischen Schritten und den Hinweis auf negative Folgen mit einer Moralpredigt abfertigt, die in dem Statement gipfelt, dass sie die ‚ur-eigensten Interessen Deutschlands‘ vertrete und der Glaube Berge versetzen könne“.

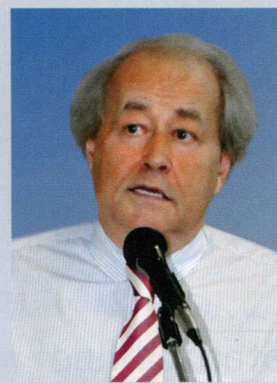
Folgekosten

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge rechnet mit einem zunehmenden Rückstand bei der Bearbeitung von Asylanträgen. Möglicherweise hätten bis zu 400.000 Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen seien, noch keinen Antrag gestellt. Dazu kämen 370.000 „Altfälle“, über die noch zu entscheiden sei. Die Grenzschutzagentur Frontex geht für 2015 von 1,8 Mio. irregulären Einreisen in den Schengen-Raum aus. Der Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen schätzt die Belastungen für den deutschen Steuerzahler auf 450.000 EUR pro zu integrierenden Flüchtling. Legt man nur die für 2015 gemeldeten rund 1,2 Mio. Einwanderer zugrunde, so resultieren allein daraus langfristig Kosten in Höhe von 540 Mrd. EUR. Der SPD-Vorsitzende prognostiziert „Kosten wie bei der Wiedervereinigung“. Es drohe ein unschönes Ende mit massiven Schuldenbergen und Steuererhöhungen.

Gesinnungsethik

Prof. Hans-Werner Sinn hat kürzlich die Auswirkungen und Risiken der „neuen Völkerwanderung“ untersucht. Angesichts des Bildungsniveaus der meisten Migranten sieht er erhebliche Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Die Einwanderer würden auf Sicht überdurchschnittlich von Sozialleistungen profitieren aber nur unterdurchschnittlich in die Sozialkassen einzahlen. Sinn führte weiter aus: „Das Willkommenssignal in die weite Welt zu senden, war ein schwerer politischer Fehler. Dass die Kanzlerin sagt, sie könne die

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Grenzen nicht kontrollieren, hat mich verwundert. Das deutsche Staatsgebiet zu schützen, darauf hat sie einen Eid geleistet.“ Der ifo-Chef verwies auf Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Der „Spiegel“ hält die humanitäre Flüchtlingspolitik für gescheitert und konstatiert bei der Bundeskanzlerin einen unauffälligen Kurswechsel: „Nun zeichnet sich eine neue Arbeitsteilung ab: Wir sind für den Humanismus zuständig, die anderen für die Härte. Es ist zynisch: Merkel kann sich Gesinnungsethik erlauben, weil Viktor Orban das Grobe erledigt.“

Irrwege

Es mehren sich die Anzeichen für ein Wiederaufflammen der Euro-Krise. Dazu trägt die Erkenntnis bei, dass vor allem die überschuldeten Südländer ihre Hausaufgaben bei Einsparungen und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit völlig unzulänglich gemacht haben. Mit Blick auf die niedrige Inflationsrate in Europa tut die EZB alles, um die Geldpolitik weiter zu lockern. Die „Welt“ kommentiert das absurde Geschehen so: „Längst fährt die EZB einen Kurs, der hoch riskant ist und überdies die Verwerfungen an den Märkten nicht beseitigt. Weder die Negativzinspolitik noch das seit einem Jahr laufende Auktionsprogramm für Staatsanleihen im geplanten Umfang von 1,5 Bil-

lionen EUR haben die Euro-Zone auf einen stabilen Wachstumspfad zurückgebracht. Die unorthodoxe Zinspolitik der EZB kommt hoch verschuldeten Staaten entgegen, weil diese nun weniger für ihren Schuldendienst leisten müssen. Banken leiden dagegen unter den negativen Einlagezinsen der Zentralbank. Die Investitionen in die Realwirtschaft hat die ultralockere Geldpolitik trotzdem nicht ankurbeln können. Stattdessen kletterten übertrieben schnell Aktienkurse und Immobilienpreise – und in den meisten Euro-Ländern auch die Staatsverschuldung. Während Schuldner durch die EZB-Politik belohnt werden, stellt diese Zinspolitik für Sparer eine kalte Enteignung dar.“ Und der Kommentar unter der Überschrift „Voodoo-Ökonomie“ schließt mit folgender Perspektive: „In Europa setzt man darauf, die Schuldenprobleme mit immer billigerem Geld zu lösen. Und wieder sind die Zinsen gemessen am Risiko viel zu niedrig und die Schuldner nicht unbedingt solvent. Je weiter man diesen Irrweg geht, desto teurer wird es am Ende werden. Das Perfide ist, dass für den Schaden dann alle Mitglieder aufkommen müssen. Denn der Euro ist eine Haftungsgemeinschaft, wie die EZB inzwischen freimütig zugibt. Dabei hatte man in den EU-Verträgen ursprünglich das Gegenteil vereinbart.“